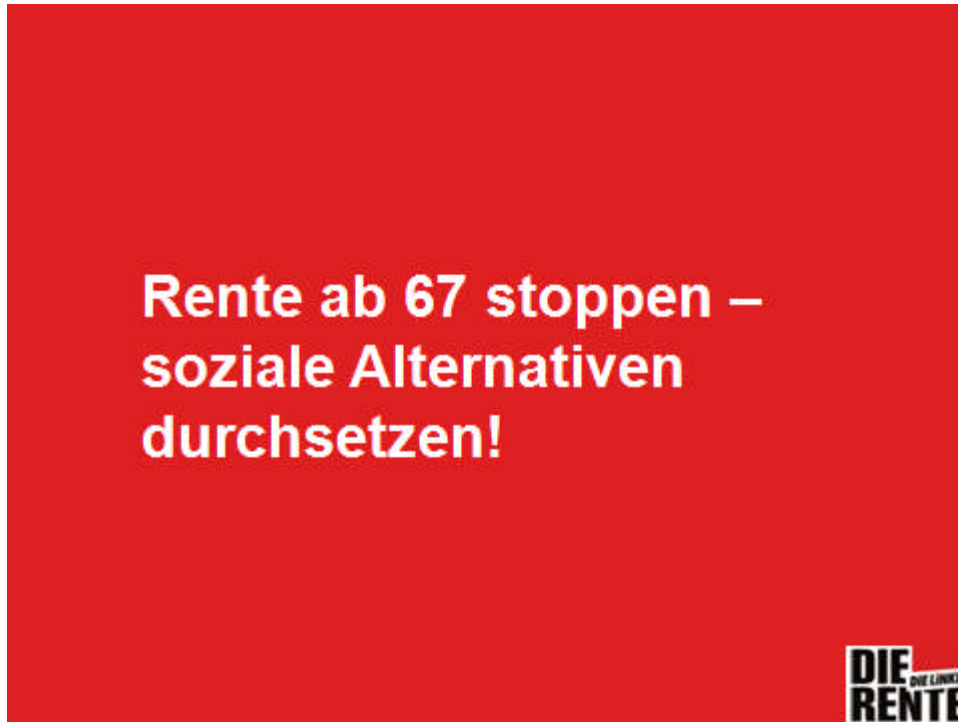


Mustervortrag zum Foliensatz „Rente ab 67 stoppen – Soziale Alternativen durchsetzen!“ –

KURZFASSUNG



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte in meinem Eingangsstatement kurz aufzeigen, warum DIE LINKE. der Meinung ist, dass die Rente ab 67 sozialpolitisch unverantwortlich ist und gestoppt werden muss.

Ich will kurz auf die Ausgangslage der Auseinandersetzung um die Rente ab 67 eingehen und dann Fakten zur Arbeitsmarktsituation und sozialen Lage Älterer präsentieren, die plastisch zeigen, warum die Rente ab 67 nicht kommen darf.

Ausgangslage

- Einführung der Rente ab 67 von Union und SPD 2007 im Bundestag beschlossen
- Überprüfungs Klausel: Regierung muss 2010 erstmals prüfen, ob Einführung der Rente ab 67 vor Hintergrund Arbeitsmarktlage Ältere vertretbar ist
- Ergebnis der Antwort auf Große Anfrage der LINKEN.: nach wie vor katastrophale Arbeitsmarktlage Älterer
- Regierungsbericht im Spätherbst; dennoch bereits Festlegung auf Einführung der Rente 67

**DIE
RENTE**
DIE LINKE.

Die Ausgangslage ist die folgende:

Die Einführung der Rente ab 67 wurde 2007 von Union und SPD unter tatkräftigem Vorantreiben Münteferings beschlossen. Durch das „Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ werden ab 2012 bis 2029 fast alle Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung um zwei Jahre angehoben. Das Regelalter für die Altersrente soll auf 67 Jahre steigen.

Ins Gesetz wurde auf Druck von Gewerkschaften und Sozialverbänden eine Überprüfungs Klausel aufgenommen, nach der die Bundesregierung 2010 erstmals zu prüfen hat, ob der Beschluss zur Anhebung der Altersgrenzen Bestand haben kann.

Wir meinen: Nein! Denn alle Daten und Fakten zeigen, dass die Arbeitsmarktlage Älterer nach wie vor katastrophal ist.

Die Bundesregierung hat zwar ihren eigenen Bericht noch nicht vorgelegt, hat sich aber dennoch schon auf das Festhalten an der Rente ab 67 fest gelegt. Es muss daher in den kommenden Monaten darum gehen, Druck aufzubauen, damit die Regierung die Überprüfungs Klausel ernst nimmt.

Arbeitsmarktlage Älterer katastrophal:

- Nur jede/r Dritte im Alter von 60 bis 65 Jahren ist erwerbstätig, davon nur jede/r Fünfte in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.
- Im eigentlich relevanten Alter von 64 Jahren ist nur jede/r Zehnte sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt gerade mal bei 63 Jahren.



Die Arbeitsmarktlage Älterer – dies zeigen alle Daten, seien es die Monitoring-Berichte der Gewerkschaften und Sozialverbände, aber auch die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der LINKEN. – ist nach wie vor katastrophal. Die sei hier nur anhand einiger Daten aufgezeigt:

Heute – bei geltendem Regelalter von 65 Jahren – ist nur jede/r Dritte im Alter von 60-65-Jahren erwerbstätig, davon nur jede/r fünfte (21,5%) in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Im für die Frage der Anhebung der Altersgrenzen eigentlich relevanten Alter von 64-65 Jahren ist nur jede/r Zehnte (9,9%) sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Quelle dieser Daten ist die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“, Bundestagsdrucksache 17/2271).

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt mit 63,2 Jahren noch fast zwei Jahre vom derzeit noch geltenden gesetzlichen Regelrentenalter von 65 Jahren entfernt.

Wer früher gehen muss, bekommt Abschläge

- Schon heute müssen fast die Hälfte aller Neurentner/innen – im Osten sogar zwei Drittel - lebenslange Abzüge in Kauf nehmen.
- Die Abschläge belaufen sich im Schnitt auf 115 Euro/Monat. Das macht über die gesamte Rentendauer 25.000 Euro.
- Mit der Rente ab 67 steigen die Abschläge von max. 7,2 auf max. 14,4 Prozent



Viele gehen wegen dieser schlechten Arbeitsmarktlage vorzeitig in Rente oder werden aus dem Hartz IV-Bezug heraus staatlich zwangsverrentet.

Wer früher gehen muss, bekommt aber empfindliche lebenslange Abschläge auf seine/ihre Rente. Auf 0,3% pro Monat bzw. 3,6% pro Jahr, das man früher geht, belaufen sich diese Kürzungen. Frühestens kann man mit 63 Jahren mit Abschlügen in Rente gehen, aber auch nur, wenn man 35 Versicherungsjahre hat. Dann belaufen sich die Abschläge auf 7,2%.

- Schon heute müssen fast die Hälfte aller Neurentner/innen – im Osten sogar zwei Drittel - lebenslange Abzüge in Kauf nehmen.
- Die Abschläge belaufen sich im Schnitt auf 115 Euro/Monat. Das macht über die gesamte Rentendauer 25.000 Euro.
- Mit der Rente ab 67 steigen die Abschläge von max. 7,2 auf max. 14,4 Prozent

Programm für Rentenkürzung und Altersarmut

- durch Rente ab 67 noch mehr Abschläge
- vermehrte Arbeitslosigkeit, im Hartz-IV-Bezug kaum/keine Rentenbeiträge
- Abdrängung in prekäre Beschäftigung, kaum Anspruchserwerb

Die Konsequenz: zunehmende Altersarmut



Wenn das Rentenalter angehoben wird, obwohl die Menschen nicht so lange arbeiten können, werden noch mehr von ihnen noch höhere Abschläge haben. Damit werden noch mehr Renten unter das Niveau der Grundsicherung im Alter rutschen. Die Rente ab 67 ist damit ein Programm für Rentenkürzungen und Altersarmut.

Außerdem ist sie ein Programm zur Steigerung der Erwerbslosigkeit Älterer: Denn wer als ältere/r Beschäftigte/r erwerbslos wird, hat kaum mehr eine Chance, in den Arbeitsmarkt zurück zukehren. Die Mehrheit der älteren Erwerbslosen landet deshalb in Hartz IV. Dort werden derzeit nur lächerliche Rentenansprüche von monatlich 2,09 Euro pro Jahr im Hartz IV-Bezug erworben. Auch diese will die Bundesregierung nun streichen. Im Hartz IV-Bezug droht außerdem die Zwangsverrentung mit Abschlügen von derzeit 7,2%, dann 14,4%.

Oder es kommt zur Abdrängung in prekäre Beschäftigung, z.B. in Minijobs, in denen i.d.R. keine Rentenansprüche erworben werden.

Die Konsequenz der Rente ab 67 wird daher sein: zunehmende Armut im Alter.

Rente ab 67 stoppen

- Gewerkschaften und Sozialverbände mobilisieren im Herbst verstärkt gegen die Rente ab 67
- DIE LINKE. unterstützt dies und unternimmt verstärkt eigene Aktivitäten
- Beteiligt Euch daran: Rente ab 67 stoppen – soziale Alternativen durchsetzen!



Die Rente ab 67 ist sozialpolitisch unverantwortlich und muss deshalb zurück genommen werden. Dies wollen wir im Herbst mit aller Macht vertreten, um die Bundesregierung zu zwingen, die Überprüfung ernst zu nehmen und die Einführung der Rente ab 67 zu stoppen.

Auch Gewerkschaften und Sozialverbände mobilisieren im Herbst verstärkt gegen die Rente ab 67

DIE LINKE. unterstützt dies und unternimmt verstärkt eigene Aktivitäten

Unsere Bitte: Beteiligt Euch daran!

Rente ab 67 stoppen – soziale Alternativen durchsetzen!

Vielen Dank für
Eure Aufmerksamkeit!

